

KARIN ROTH informiert zur sache



7. Mai 2010

Hilfe für Griechenland, Stabilität für Europa – im Interesse Deutschlands

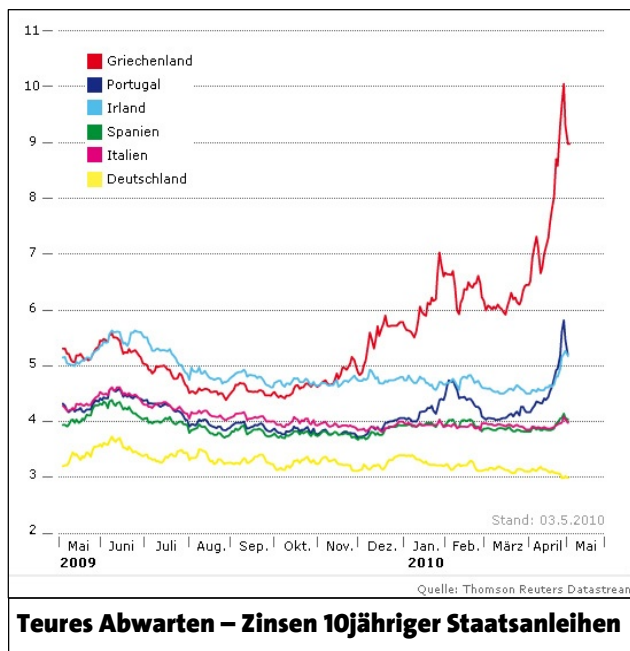
Der Bundestag hat heute das Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz und damit die Hilfen für Griechenland verabschiedet.

Eine Krise in Europa erfordert von Deutschland als größtem Mitglied der Europäischen Union besondere Verantwortung. Das Taktieren der Bundesregierung hat das Ansehen und das politische Gewicht unseres Landes schwer beschädigt. Seit Monaten sendet die Bundesregierung widersprüchliche Signale aus, die Verunsicherung in den Märkten weiter geschürt haben. Jeder Tag ohne Klarheit hat die Zinsen in Griechenland weiter nach oben getrieben. Diese Bundesregierung hat den Brand erst schwelen lassen, dann durch gravierende Versäumnisse und Mutlosigkeit weiter angefacht. Jetzt schlagen die Flammen hoch, der Funkenflug setzt ein und bedroht Nachbarn.

Die Bundesregierung hat durch ihre Hinhaltetaktik auch den Deutschen Bundestag in eine schwierige Situation manövriert. Die Bundestagsabgeordneten müssen eine komplizierte Entscheidung von enormer Tragweite unter großem Zeitdruck treffen, weil viel Zeit vertan worden ist. Anders als die Große Koalition im Falle der Lehman-Pleite im Herbst 2008 hat die schwarz-gelbe Bundesregierung die Fraktionen des Bundestages nicht einbezogen. Entgegen unserer frühzeitigen Bitte um Aufklärung, hat Angela Merkel hierzulande behauptet, es gäbe noch gar keinen Entscheidungsbedarf, während sie gleichzeitig in Brüssel bereits fieberhaft Gespräche führte. Trotzdem hat die SPD im Bundestag den Weg frei gemacht für eine schnelle Lösung, indem wir auf die sonst üblichen Fristen bei der Beratung von Gesetzentwürfen verzichtet haben.

Doch die Bundesregierung hat die ausgestreckte Hand ausgeschlagen und mit ihrem Verhalten nicht für eine breite Mehrheit im Parlament geworben. Die Koalitionsfraktionen haben sich in den gemeinsamen Beratungen strikt geweigert, weiterführende Maßnahmen mitzutragen, die die Ursachen der Krise an der Wurzel packen, die Lasten gerecht verteilen und die Stabilität des Euro dauerhaft gewährleisten. Deshalb hat die SPD-Fraktion ihren Mitgliedern empfohlen, sich bei der Abstimmung des Gesetzes ihrer Stimme zu enthalten.

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 2



Teures Abwarten – Zinsen 10jähriger Staatsanleihen

Griechenland unterstützen und Europa stärken – Forderungen der SPD

Wir unterstützen das internationale Rettungspaket für Griechenland.

Damit es aber nachhaltig wirken, Europa und seine gemeinsame Währung dauerhaft stärken kann, damit vor allem ein Überspringen der griechischen Krise auf weitere Länder der Eurozone wirksam verhindert wird, muss das Rettungspaket um weitere Schritte ergänzt werden. Vorrangig muss sichergestellt sein, dass der Finanzsektor an den Kosten beteiligt wird und dass Spekulationen eingedämmt werden.

Deshalb sind unsere wichtigsten Forderungen:

- Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, um künftig die Beteiligung des Finanzsektors an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben und an den Folgekosten der Krise sicherzustellen. Außerdem geht von einer solchen Steuer – wie auch der IWF sagt – eine dämpfende Wirkung besonders auf kurzfristige Börsengeschäfte aus.
- Die Risiko-Beteiligung von Banken und Investoren, die Staatsanleihen Griechenlands halten. Hohe Zinssätze spiegeln das Risiko eines Ausfalls. Da aber durch das öffentliche Rettungspaket das Risiko einer Zahlungsunfähigkeit Griechenlands abgesichert ist, müssen folgerichtig auch Abschläge bei den Zinsen folgen. Unter Führung der EZB sind mit Banken und Investoren entsprechende Verhandlungen aufzunehmen.
- Die Regulierung von Rating-Agenturen weiter verbessern. Direkte finanzielle Verflechtungen zwischen Rating-Agenturen und Finanzinvestoren, die von einem Rating profitieren, müssen verringert werden. Wir wollen außerdem die Gründung einer europäischen Rating-Agentur.
- Spekulative Geschäfte mit Kreditausfallversicherungen (Credit Default Swaps) auf Staatsanleihen verbieten. Rechtlich durchsetzbare Kreditausfallversicherungen soll nur noch abschließen dürfen, wer tatsächlich Eigentümer der jeweiligen Kreditforderung ist.
- Leerverkäufe sind zu verbieten. Finanzmarktakteure können und müssen künftig andere, deutlich weniger spekulative Instrumente mit gleicher ökonomischer Zielsetzung in Anspruch nehmen.
- Der Anleger- und Verbraucherschutz in Europa ist zu verbessern. Der so genannte „graue Kapitalmarkt“ ist zu regulieren und zu beaufsichtigen. Künftig dürfen kein Finanzmarkt, kein Finanzmarktakteur und kein Finanzmarktprodukt ohne Regulierung, Aufsicht und Haftung bleiben.

•

Der Entschließungsantrag der SPD-Fraktion ist dieser Mail angefügt.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre

